

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 02/2016

05. Februar 2016

SPD lädt LV Peter Schall in Fraktionssitzung ein

Einen nicht alltäglichen Termin im Landtag hatte Peter Schall. Die SPD-Fraktion unter Leitung von MdL Markus Rinderspacher tagte zum Thema Innere Sicherheit und über MdL und GdP-Mitglied Prof. Dr. Peter Paul Gantzer wurde der Landesvorsitzende eingeladen, um über die momentane Arbeitsbelastung in Bayerns Polizei zu berichten. Vorab stellte dieser klar, dass Bayern

ministerium wohl zunächst 1865 Beamte veranschlagt worden, dann habe man wohl mit dem Argument, man müsse ja nicht alle Grenzübergänge rund um die Uhr besetzen, auf etwa 600 Beamte heruntergerechnet. Aufgrund der derzeitigen Einsatzlage sei er zunächst von einem Faschingsscherz ausgegangen, als er erstmals in den Medien von dieser Absicht gelesen habe. Doch

der Staatsregierung ist es durchaus ernst mit diesem Vorhaben, weshalb Peter Schall auch an den Ministerpräsidenten geschrieben hat. Bayerns Polizisten insbesondere in Niederbayern und Oberbayern Süd seien froh, dass die Bundespolizei hier diese Kontrollen und die Ersterfassung von Flüchtlingen übernommen habe, da zuvor alle anderen polizeilichen Tätigkeiten beinahe komplett zum Erliegen kamen, weshalb auch im September der Brief eines Kollegen bezüglich dieser Lage durch die GdP veröffentlicht worden ist. Peter Schall stellte in seinem Schreiben an MP Seehofer fest, dass Bayerns Polizei keinen Mann übrig habe für die Grenzkontrollen.



V.l.: GdP-Mitglied MdL Prof. Dr. Gantzer, LV Schall und Fraktionsvorsitzender Rinderspacher

im Gegensatz zu anderen Bundesländern die letzten Jahre immer wieder zusätzliches Personal eingestellt hat und damit tatsächlich den höchsten Personalstand bei der Polizei hat, wie es unser Innenminister immer verkündet. Aber auch Bayerns Bevölkerung ist stark angewachsen, der Verkehr rollt rund um die Uhr, neue Kriminalitätsphänomene und aktuell natürlich die Flüchtlings- und Terrorlage sind mit der Grund, dass die Polizei am Limit ist. Dies ist auch nicht von heute auf morgen verursacht worden, sondern seit mindestens 30 Jahren wurden bei der Polizei als Reaktion auf neue Kriminalitätsformen und Einsatzlagen stets Sondereinheiten und -funktionen eingeführt, doch halt leider fast immer aus dem vorhandenen Personal. Einsatzzug, REG, ZEG, AG Fahndung, Fahndungstrupp Verkehr, SB Häusliche Gewalt, Heads-SB sind nur einige Beispiele. Neben diesen Dauerabgeordneten Kollegen und Kolleginnen spielt auch die Teilzeit-Problematik immer mehr eine Rolle, denn den Dienststellen werden diese Beamten/-innen immer als volle Kraft angerechnet. Nun überlege die Bayer. Staatsregierung auch noch, die Grenzkontrollen durch Bayerische Polizeibeamte durchführen zu lassen, da die Bundespolizei die Aufgabe nicht zur Zufriedenheit Bayerns erledigt. Dafür seien laut Informationen aus dem Innen-

Dennoch neben allen bereits vorhandenen Aufgaben sind bayernweit inzwischen über 3.000 Flüchtlingsunterkünfte zu betreuen, wobei es gerade in den Sammelunterkünften immer wieder zu größeren Einsätzen infolge Schlägereien mit zig Beteiligten kommt. Zudem müsse man einfach mit Anschlägen auf eine dieser Unterkünfte mit den Folgen Objektschutz und aufwändige Ermittlungen rechnen – und letztlich besteht auch die Gefahr eines Terroranschlags durch den islamistischen Terror. Angesichts der Gesamtlage sei eine weitere personelle Verstärkung Bayerns Polizei unabdingbar. Wolle man alle nicht etatisierten Sondereinheiten mit eigenen Planstellen hinterlegen, seien wohl rund 2.000 Planstellen nötig. Sollten wirklich auch noch die Grenzkontrollen, die ja dann vermutlich auf Dauer angelegt sind, als polizeiliche Aufgabe dazu kommen, dann brauche man wohl 5.000 neue Beamte. Diese Zahlen erschrecken, relativieren sich aber nach Ansicht der GdP sehr schnell, wenn man diese auf die ca. 380 Dienststellen der bayer. Polizei aufteilt. Auf die SPD-Presserklärung reagierte Innenminister Herrmann etwas unwirsch, stellte aber auch klar, dass es keinesfalls um die komplette Übernahme der Grenzkontrollen, sondern nur um die Unterstützung bei den Einreisekontrollen gehe. Aber auch dazu ist aus unserer Sicht zu sagen: Wir haben Arbeit mehr als genug, neue Aufga-

SPD lädt LV Peter Schall in Fraktionssitzung ein

ben können nur mit mehr Personal – schnell verfügbar gerade auch durch die Einstellung von Tarifbeschäftigten – bewältigt werden. Auch müsse man überlegen, dass durch kritische Überprüfung der polizeilichen Aufgaben und interner Verwaltungsabläufe Ressourcen frei geschauft werden könnten. Schwertransportbegleitungen, Halterhaftung bei Verkehrsverstößen, lediglich statistische Erfassung von Straftaten bei fehlenden Täterhinweisen, Kurzanzeigen und Schnellverfahren bei Bagatelldelikten, Abschaffen der Blutentnahme bei vorliegendem Atemalkoholtest sowie des Richtervorbehalts bei Blutentnahme und Führerscheinbeschlagnahme sind nur einige Vorschläge, die zwar immer wieder einmal diskutiert, aber leider bislang nicht umgesetzt

werden, so Peter Schall. Zudem geht es nicht nur darum, dass die Polizei Anzeigen schneller und einfacher schreibt, es muss dabei auch etwas heraus kommen. Deshalb muss auch die Justiz personell verstärkt werden. Gerade bei jungen Straftätern ist es unbedingt erforderlich, dass die Strafe auf dem Fuße folgt. Wenn Gerichtsverfahren erst nach ein bis eineinhalb Jahren erfolgen, hat dies keinerlei abschreckende oder erzieherische Wirkung. Auch die immer mehr um sich greifende Anordnung von lediglich einer Zustellungsvollmacht bestärkt den Straftäter in seiner Ansicht, dass der Rechtsstaat ein zahnloser Tiger ist. Im Interesse der Sicherheit des Bürgers sind hier unbedingt neue Wege notwendig, so Schall

GdP im Gespräch mit der GRÜNEN-Fraktion

Im Rahmen des kontinuierlichen politischen Dialogs mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag traf Landesvorsitzender Peter Schall auf die GRÜNEN mit dem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann und der innenpolitischen Sprecherin Katharina Schulze. Begleitet wurde Schall vom BG-Vorsitzenden Oberbayern Süd, Michael Ertl und Markus Wimmer von der GdP-Landesgeschäftsstelle. Das maßgebliche Thema war natürlich die derzeitige Belastungssituation der Bayerischen Polizei, dem auch die Grünen schon in der letzten Innenausschusssitzung mit einem entsprechenden Antrag entgegenwirken wollten. Dabei ging es in erster Linie um bessere Arbeitsschutzbedingungen für die Bereitschaftspolizei im Sinne einer familienfreundlicheren Einsatzplanung. Gesprochen wurde auch über eine spürbare Aufgabenreduzierung, die von den Grünen im Antrag 17/9400 gefordert wurde. LV Schall brachte hier die Begleitung von Schwertransporten sowie Vereinfachungen im Verwaltungsablauf ins Spiel. Der Richtervorbehalt bei Blutentnahmen und die in Deutschland leider nicht geltende Halterhaftung bei Geschwindigkeitsüberschreitungen führe ebenso häufig zu unnützer Mehrarbeit.

Personaldecke nach Abzug aller Teilzeitkräfte und anderweitig eingesetzten Beschäftigten oft ist. Zwei im Einsatz befindliche Streifenwagen für einen großen Landkreis wie Traunstein bilden da leider keine Ausnahme. Neben der Aufgabenmehrung durch die Flüchtlinge kommen auch stetig neue Aufgabengebiete hinzu, für die eigentlich kein Personal vorhanden ist. Aus diesem Grund hatte sich LV Schall auch mit einem Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer gewandt, in dem er die Übernahme der Grenzkontrollen durch die Bayerische Landespolizei ablehnte.



v.l.: MdL Hartmann, MdL Schulze, MdL Sengl, LV Schall, Kollege Ertl

Die Belastung durch die Flüchtlingssituation beschrieb Michael Ertl, der ursprünglich von der PI Traunstein stammt. Die ebenfalls aus dem Landkreis Traunstein stammende MdL Gisela Sengl konnte die schwierige Situation an der bayerisch-österreichischen Grenze nur bestätigen. Die Fälle, in denen gleich eine Vielzahl von Einsatzkräften zur Beruhigung von gewalttätigen Auseinandersetzungen gerufen wird, häufen sich und Ertl beschrieb detailliert, wie knapp die tatsächliche vorhandene

Die ebenfalls anwesenden Haushaltspolitikern Thomas Mütze und Christoph Hau bat Schall um Unterstützung für den Doppelhaushalt 2017/2018. Als primäre Wünsche nannte er eine DUZ-Erhöhung auf 5 €, eine Erhöhung der Polizeizulage sowie der Ballungsraumzulage für München und Stellenhebungen zur Lösung der PHM/Z-Problematik. (MWi)

Umfrage zur P 7 – Zwischenbilanz:



Bislang haben sich 74 Kollegen/-innen in unterschiedlichsten dienstlichen Funktionen an unserer Aktion beteiligt. Es zeigt sich eine große Meinungsvielfalt – und es gibt auch sehr viele zufriedene Kollegen/-innen, die mit der P 7 gut zurechtkommen und bislang von Waffenstörungen verschont geblieben sind. Das ist die gute Nachricht.

ABER: Insgesamt berichten 39 Kollegen/-innen von technischen Defekten und Schussblockaden.

Mancher Kollege war auch gleich von mehrmaligen Störungen betroffen – und auch wurde (z.B. von PE-Trainern) über Störungen und Defekte berichtet, die bei Kollegen wahrgenommen wurden. 23 mal berichtete man von Schussblockaden bzw. Ladehemmungen, 10 mal war Ursache ein Schlagbolzendefekt (so die Rückmeldung nach Reparatur), 5 Ausziehrallen blockierten bzw. fielen einfach ab, 6 mal war eine Feder in der Waffe anscheinend das Problem, 3 mal die Abzugsstange. Auffallend oft

(9 x) wurde auch von verschobenen Visierungen berichtet. Auch Risse im Verschluss waren zu reparieren.

Zwei Meldungen fielen besonders auf: Bei einer Einheit waren binnen 2 Jahren 10 % der Waffen defekt, weil dort auch sehr viel Schießtraining mit jeweils hoher Schussleistung abzuleisten ist, bei einem PE-Schießen gingen von 7 Waffen einer Gruppe gleich zwei kaputt. Von solchen Mängeln betroffene Kollegen/-innen haben aus nachvollziehbarem Grund kein Vertrauen mehr in diese Waffe. Insofern zeigt sich nach Ansicht der GdP dringender Handlungsbedarf, das erste Gespräch mit dem Innenministerium hat bereits stattgefunden. Die Planungen für den nächsten Doppelhaushalt beinhalten wohl auch die Neubeschaffung einer modernen Waffe. Für die Ausschreibung ist ein Pflichtenheft zu erstellen, auch dafür sind in den Mails der Kollegen einige gute Anregungen. So gab es auch zwei Zuschriften mit der Forderung, einen Taser als Mittel zwischen Waffe und dem leider oft nicht oder nur verzögernd ansprechenden Pfefferspray zu beschaffen. Wir bedanken uns für Eure Hinweise, die Waffenstörungen werden wir anonymisiert auch dem zuständigen Sachgebiet im StMIBV übermitteln.

Von Peter Schall, Landesvorsitzender

Wer sich noch beteiligen will: p7@gdpbayern.de

GdP-Spitzen im Gespräch mit dem Bundesinnenminister

Zu einem Meinungsaustausch trafen am Donnerstag der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sein Stellvertreter Jörg Radek und Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Berliner Amtssitz seines Ministeriums zusammen. In dem mehr als einstündigen Gespräch erörterten der Minister und die Gewerkschaftsspitzen die aktuelle Lage der inneren Sicherheit nach den Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten sowie die Ängste der Bevölkerung vor einer zunehmenden Alltagskriminalität.

Einen Schwerpunkt legten Malchow und Radek auf die hohen Belastungen der Polizistinnen und Polizisten von Bund und Ländern im täglichen Dienst. Der GdP-Bundesvorsitzende unterstützte de Maizière in den Bestrebungen, weiteres Personal für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt einzustellen. In diesem Zusammenhang wurde über Modelle zur schnelleren Personalgewinnung auch in den Ländern diskutiert.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (r.) und dessen Stellvertreter Jörg Radek (l.) Foto: Sperer/BMI



Malchow: Klares Signal an mutmaßliche Terror-Attentäter

Die Razzien am gestrigen Donnerstag an mehreren Orten Deutschlands gegen mutmaßliche Terrorverdächtige haben nach den Worten des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, gezeigt, dass die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus hierzulande gut aufgestellt sind. Der Einsatz



mehrerer hundert Polizisten bei den Durchsuchungen von Wohnungen und Betrieben in drei Bundesländern sei auch ein klares Signal an terroristische Gruppierungen, die Polizei sei ganz nah an der Szene dran, sagte Malchow am Freitag dem Nachrichtensender N24 in einem Studio-Live-Gespräch in Berlin.

Zugleich beweise die Polizeiaktion, dass die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sehr gut funktioniere. Der Zugriff mit mehreren Festnahmen bedeutet nach Auffassung Malchows, dass es konkrete Hinweise auf Vorbereitungen möglicher Terroranschläge in der Bundesrepublik gegeben habe. Die Veröffentlichung weiterer Details der mutmaßlichen Täter zeige, dass die Polizei bei ihren Ermittlungen auf weitere Hinweise setze.

GdP-Spitzen in den Medien:

Kein deutscher Polizist würde auf Flüchtlinge schießen!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) weist Äußerungen der Vorsitzenden der Alternative für Deutschland (AfD), Frauke Petry, zum Schusswaffeneinsatz an der deutschen Grenze mit aller Schärfe zurück. „Die Aussage der AfD-Vorsitzenden zum Schusswaffengebrauch gegen radikales und menschenverachtendes Verhalten“, sagte GdP-Bundesvorsitzender Jörg Radek am Samstag in Berlin. In der Antwort auf die Frage, wie die Grenzpolizei einen Grenzübertritt eines Flüchtling verhindern solle, geantwortet: „Er soll den Grenzübertritt verhindern. Es ist im Gesetz.“



„Es entspricht weder der Gesetzeslage, noch der menschlichen Würde, auf einen versuchten Grenzübertritt eines Flüchtling mit der Schusswaffe reagieren zu müssen. Das ist nicht die Aufgabe der Polizei. Die Aufgabe der Polizei ist es, den Grenzübertritt von Flüchtlingen mit dem Gebrauch der Schusswaffe zu verhindern.“

Radek: „Wer ein solches radikales Vorgehen vorschlägt, will offenbar den Rechtsstaat aushebeln und die Polizei instrumentalisieren. So etwas hatten wir schon einmal in der deutschen Geschichte, und das wollen wir nie wieder.“



GdP Service GmbH
Wir lieben Service!

Frühlingsaktion für GdP-Mitglieder: Eure Wunschausstattung zu Sonderkonditionen!



Mini One 5-Türer „Salt“ 8x „All Weather“-Paket!

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab 19.570,- €

Inklusive John-Cooper-Works Felgenpaket.

Finanzierungsangebot²⁾ (1,99 % p. a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme
zu Tagespreisen möglich): **999,- €**

Zielrate: **12.812,95 €**

35 monatliche Finanzierungsraten à: ab 169,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 6,0 l/100 km, außerorts 4,2 l/100 km,
kombiniert 4,9 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 114 g/km, Effizienzklasse: B



BMW 216i Active Tourer

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab 21.990,- €

Finanzierungsangebot²⁾ (1,99 % p. a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme
zu Tagespreisen möglich): **999,- €**

Zielrate: **14.224,42 €**

35 monatliche Finanzierungsraten à: ab 199,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 6,5 l/100 km, außerorts: 4,6 l/100 km,
kombiniert: 5,3 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 124 g/km, Effizienzklasse: B



BMW 116i 3-Türer – Neues Modell

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab 18.930,- €

Finanzierungsangebot²⁾ (3,99 % p. a. effektiv)

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme
zu Tagespreisen möglich): **999,- €**

Zielrate: **12.966,07 €**

35 monatliche Finanzierungsraten à: ab 169,- €

Kraftstoffverbrauch innerorts: 6,7 l/100 km, außerorts: 4,5 l/100 km,
kombiniert: 5,3 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 123 g/km,
Effizienzklasse: B

In Zusammenarbeit mit BMW Rhein, einem der größten BMW-Händler in Deutschland, können wir unseren GdP-Mitgliedern im Rahmen einer Sonderaktion – solange der Vorrat reicht – drei Modelle zu Spitzenkonditionen anbieten.

Zusätzlich erhalten GdP-Mitglieder ein kostenloses Starterpaket. Dieses beinhaltet:

- Zulassung des Neufahrzeugs inkl. Wunschzeichen kostenlos (statt 119 €)
- Warnweste im Fahrzeug kostenlos (statt 10 €)
- Tank voll bei Auslieferung (ca. 65 – 80 €)

Weitere Infos:

**Herr Dominik Groll, Tel. 09 31 / 27 885 - 885
dominik.groll@rhein-wuerzburg.de**

**Gültig bei Auslieferung
bis 30.6.2016 oder
solange Vorrat reicht!**



**Weitere Modelle zu
GdP-Konditionen auf Anfrage!
Künftige Sonderaktionen:
www.gdpservicegmbh.de**

1) Inkl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI).

2) Gewerbliches Finanzierungsangebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Stand 1/2016. Gültig bei Abschluss und Kundenzulassung bis 30.6.2016 und solange Vorrat reicht. Zzgl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI). Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten.